

Gesichtet und gesiebt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **64 (1989)**

Heft 10

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

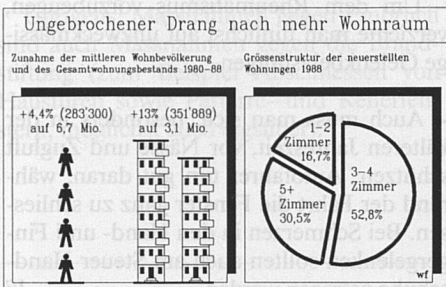
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gesichtet und gesiebt

Nur so weiter? Dass die Explosion der Kosten des Gesundheitswesens massgeblich durch die Spitalkosten bedingt ist, weiss man nachgerade. Entscheidende Massnahmen zur Förderung der Pflege von Kranken in ihren Wohnungen, zu Hause, lassen jedoch noch immer auf sich warten. Dabei ist es ganz klar, dass wir die Kosten der Gesundheitspflege nur noch zu tragen vermögen werden, wenn wir sie entscheidend reduzieren. Der beschreibbare Weg dazu ist die kräftige Förderung der Krankenpflege in der Wohnung und die ebensolche Verminderung der Spitalaufenthaltsstage. Man kann sich schwer vorstellen, dass innert nützlicher Frist die nötige Verhaltensänderung Tatsache wird, ohne dass der *Bund zusammen mit den Krankenkassen und den Ärzten* eingreifende Massnahmen beschliesst. Doch einmal mehr hindert die dogmatische Abneigung gegen Staatsinterventionen die Mehrheitsparteien am Vorgehen in die nötige Richtung.

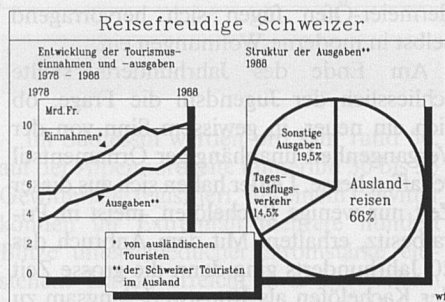
Nur so weiter? Die *NZZ* und das kleinste *Regionalblatt* nehmen sich gleichermassen der Probleme des Bodenmarktes und des Bauens an. Sehr verschieden kam in den Medien der Wille bzw. Unwille zum Ausdruck, im Baumarkt stärker als bisher zu intervenieren. Gegen die Wurzel des ungehemmten Dranges nach mehr Wohnraum,



gegen die Anspruchsinflation, die pro Person auf immer mehr Wohnraum Anspruch erhebt, wagt dabei niemand, irgendein Korrektiv auch nur zur Diskussion zu stellen. Man kann demgegenüber nur daran festhalten, dass ins revidierte eidgenössische *Raumplanungsgesetz* mindestens eine Klausel gehört, welche die Gemeinden verpflichtet, durch ihre Bauzonen die *bodensparenden Überbauungsweisen zu fördern*. Es darf nicht bei dem gegenwärtigen Zustand bleiben, bei dem die bodensparend bauen Wollenden als Exoten gelten, die man möglichst zu behindern und keinesfalls zu fördern hat.

Grafik der *Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft* (Zürich).

Zweiseitiger Tourismus. Einerseits reisen Ausländer zu touristischen Zwecken in die Schweiz ein, andererseits reisen Schweizer in touristischer Absicht ins Ausland. Volkswirtschaftlich bleibt der Schweiz dabei *ein Gewinn*. Das stimmt immer noch, aber der Saldo zu Gunsten der Schweizer Wirtschaft ist in den letzten Jahren immer kleiner geworden. Die *Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft* belegt das mit den Zahlen von 1988 in einer anschaulichen Grafik. Von der Verhaltensseite aus betrachtet, zeigt die Entwicklung, dass die Schweizer immer mehr, immer länger darauf verzichten, ihre Wohnung auszunutzen und sich ins Ausland in die Ferien begeben.



Auch die Entfernungen der Ferienreisen haben zugenommen. Ob eine rückläufige Entwicklung Tatsache wird, wenn sich die Unannehmlichkeiten der Fernreisen weiterhin so häufen, wie es der Sommer 1989

gezeigt hat, ist noch ungewiss. Es scheint aber eher unwahrscheinlich, wenn man die Engels- bzw. Schafsgeduld, mit der Verspätungen, Staulagen und Unfälle im internationalen Reiseverkehr in Kauf genommen werden, als Indiz nimmt.

Franz Webers Vorschlag, das Siedlungsproblem der Schweiz durch *künstliche Hügelstädte* zu lösen, hat keine Grundwelle in der Öffentlichkeit ausgelöst und ist in den Medien erstaunlich wenig überhaupt behandelt worden. Das erklärt sich wohl damit, dass man die Idee schon nach kurzem Nachdenken als gekünstelt und nicht ohne unerwünschte Nachteile realisierbar erkannt hat. Um nur einen dieser Nachteile zu erwähnen: So hat der Pressedienst des *Schweizerischen Gewerkschaftsbundes* darauf verwiesen, dass in der Weberschen Hügelstadt alle Arbeitsräume - Ateliers, Büros und Werkstätten - unter den Erdboden verwiesen und mit künstlichem Licht beleuchtet würden. Ganz abgesehen von der Verschwendung elektrischer Energie, erklärt der *SGB* das dauernde Arbeiten im künstlichen Licht als absolut unerwünscht, weil psychisch bedrückend und physisch ungesund. Schon allein diese Tatsache, welche die Webersche Hügelstadt-Idee vernachlässigt, enthüllt, was sie ist: eine laienhafte Seifenblase, die schon endgültig zerplatzt.



Die solide Bank für alle.

Genossenschaftliche Zentralbank Aktiengesellschaft

GZB BCC